



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Tagebau Hambach

17.9.2021 – Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich in einer Aktuellen Viertelstunde mit einem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln zur Räumung von Baumhäusern am Tagebau Hambach befasst. Die im Herbst 2018 von der Landesregierung angewiesene Räumung – es war der größte Polizeieinsatz in der Geschichte Nordrhein-Westfalens – sei rechtswidrig gewesen, heißt es im Urteil. Die von der Landesregierung als Begründung für die Aktion genannten Brandschutzbestimmungen seien vorgeschoben gewesen. Bauministerin [Ina Scharrenbach](#) (CDU) wies im Ausschuss darauf hin, dass das Urteil aus Köln noch nicht rechtskräftig sei. Im Herbst 2018 hätten Gerichtsbeschlüsse vorgelegen, aus denen hervorgegangen sei, dass eine Räumung von Baumhäusern auf Basis des Bauordnungsrechts rechtmäßig sei. [Arndt Klocke](#) (Grüne) sagte, die Opposition habe die brandschutzrechtliche Begründung der Landesregierung damals bereits als Vorwand kritisiert. Ministerin Scharrenbach habe diese Bedenken „massiv in Zweifel“ gezogen und den Grünen vorgeworfen, Menschen aufzuwiegeln. [Fabian Schruppf](#) (CDU) entgegnete, dass es neben dem jetzt vorliegenden Urteil drei weitere Gerichtsurteile etwa des Oberverwaltungsgerichts Münster gebe, die in Eilverfahren die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Landesregierung bestätigt hätten. [Stephen Paul](#) (FDP) warf den Grünen vor, sie hätten ihren Landesparteitag 2018 an der Abbruchkante des Tagebaus Hambach veranstaltet, die Nähe zu Protestierenden gesucht und den Konflikt damals angeheizt. [Stefan Kämmerling](#) (SPD) sagte, die Landesregierung habe einen gesellschaftlichen Konflikt mit Brandschutzregeln lösen wollen und dabei – wie jetzt klar sei – rechtswidrig gehandelt.

Biologische Stationen

22.9.2021 – Die Abgeordneten des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz haben sich mit biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen be-

fasst. Aktuell gebe es 40 dieser Einrichtungen, flächendeckend verteilt in nahezu allen Landkreisen von NRW, berichtete die Vorsitzende des Dachverbands der Biologischen Stationen, Birgit Beckers. Die Stationen seien zuständig für das Monitoring und Management von rund zwei Dritteln der Schutzgebiete in Nordrhein-Westfalen. Mitarbeitende erstellten Bewirtschaftungspläne, kümmerten sich um Pflegearbeiten, den Artenschutz, die Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr. Die Kürzung des nordrhein-westfälischen Naturschutzetats haben die Einrichtungen zuletzt „kalt erwischt“, sagte Beckers. Problematisch sei zudem, dass Fördergelder jedes Jahr neu beantragt werden müssten. Die Abgeordneten stellten zahlreiche Fragen zu Finanzierungsquellen sowie zur Arbeit der Stationen. Umweltministerin [Ursula Heinen-Esser](#) (CDU) bemerkte, die Ausgaben für den Naturschutz seien in den vergangenen Jahren konstant geblieben. Zu längeren Förderzeiträumen sollten zeitnah Gespräche aufgenommen werden.

Mutmaßlicher Anschlag

23.9.2021 – Die Landesregierung hat den Innenausschuss über den mutmaßlich geplanten Anschlag auf die Synagoge in Hagen informiert. Ein 16-jähriger Syrer befinde sich in Untersuchungshaft, teilte Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) mit. Den Ermittlungen zufolge habe der Sprengstoffanschlag offenbar am jüdischen Feiertag Jom Kippur (15./16. September) erfolgen sollen. Über einen ausländischen Nachrichtendienst habe man von den Plänen erfahren. Es habe sich um „sehr konkrete Informationen“ gehandelt. Der Innenminister sprach von „Rückschlüssen auf eine islamistisch motivierte Bedrohungslage“ und einem „gelungenen Beispiel für die Zusammenarbeit verschiedener Sicherheitsbehörden“. Alle Fraktionen äußerten sich erschüttert über den mutmaßlich geplanten Anschlag. Der Fall zeige, „dass Antisemitismus in der Gesellschaft weit verbreitet ist“, sagte Grünen-Fraktionschefin [Verena Schäffer](#). Die jüdische Gemeinde habe ihren höchsten

Feiertag in Angst verbringen müssen, sagte [Sven Wolf](#) (SPD). [Marc Lürbke](#) (FDP) dankte den Sicherheitsbehörden. Sie hätten „klar und entschlossen gehandelt“. [Gregor Golland](#) (CDU) sagte: „Ohne die Informationen ausländischer Nachrichtendienste wären wir blind gewesen.“ Es sei gut, „dass wir solche Freunde auf der Welt haben“. Potenziellen Nachahmungstätern müsse gezeigt werden, „dass wir in Deutschland so etwas nicht zulassen“, sagte [Andreas Keith](#) (AfD).

Untersuchungsausschuss

6.10.2021 – Der Landtag hat die Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses V zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe vom Juli dieses Jahres gewählt. Die konstituierende Sitzung des Gremiums sollte am 8. Oktober 2021 (nach Redaktionsschluss) stattfinden. Dem Untersuchungsausschuss gehören 13 Mitglieder aller fünf Fraktionen an. Den Vorsitz hat der FDP-Abgeordnete Ralf Witzel. Stellvertretender Vorsitzender ist der SPD-Abgeordnete André Stinka. Der Landtag hatte den Ausschuss auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen ([17/14944](#)) am 9. September 2021 eingesetzt. Das Gremium soll „mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und etwaiges Fehlverhalten der Landesregierung, vor allem, jedoch nicht ausschließlich, der Staatskanzlei, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen sowie ihrer nachgeordneten Behörden, der Wasserverbände und Talsperrbetreiber bei der Abwehr von Gefahren für Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen im Vorfeld und während des hohen Niederschlags“ untersuchen, „welcher sich im Zusammenhang mit dem Tief ‚Bernd‘ im Zeitraum vom 12. bis 15. Juli 2021 ereignete“, heißt es im Antrag der Fraktionen. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 9. Juli 2021, dem Tag der ersten Warnmeldungen durch das „European Flood Awareness System (EFAS)“ zu einem bevorstehenden Unwetter, bis zum Tag der Einsetzung des Untersuchungsausschusses.